

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 5. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 18. September 2017
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 20:25 Uhr
Ort: Gemeindesaal, Kirchbühl 23 (2. Stock), Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 36 und 37 vom 7. und 14. September 2017 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsident	Christoph Wyss
Stimmenzähler	Georg Burkhard, Thomas Grimm
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Peter Biedermann, Tabea Bossard-Jenni, Anna de Quervain, Hermann Dür, Karin Fankhauser, Urs Geiser, Thomas Gerber, Friedrich Gfeller, Urs Gnehm, Yves Greisler, Tobias Kälin, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Simon Kühni, Esther Liechti-Lanz, Andrea Lüthi, Pierre Manz, Christine Meier, Marcel Meier, Adrian Merz, David Niederhauser, Mathuran Poopalapillai, Andreas Rössler, Philipp Schärf, Andreas Stettler, Anette Vogt, Peter von Arb, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti, Barbara Lüthi-Kohler
Entschuldigt	Daniel Beck, Franziska Cottier-Rupp, Michael Ritter
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Annette Wisler, Christoph Grimm
Entschuldigt	-
Stadtschreiber	Roman Schenk
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 19. Juni 2017	3
- Informationen des Stadratspräsidenten	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	3
- Ersatzbeschaffung Autodrehleiter	4
- Neuer Bushof und Bahnhofplatz; Ausführungskredit	5
- Auftrag BDP-Fraktion betreffend "Förderung der öffentlichen Elektromobilität in Burgdorf"	8
- Motion SP-Fraktion betreffend faire Mietverhältnisse dank Offenlegung des vorherigen Mietzinses	11
- Postulat GLP-Fraktion betreffend Archivierung und Archivalien der Stadt Burgdorf	13
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Spielplätze Stadt Burgdorf	13
- Interpellation SVP-Fraktion betreffend Umnutzung Schloss Burgdorf	14
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	14

Appell

Der durch den Stimmzähler Grimm Thomas durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 37 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2017-119 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 19. Juni 2017

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigte mit 36 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung das Protokoll der Stadtratssitzung vom 19. Juni 2017.

SRB: 2017-120 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen des Stadratspräsidenten

Verhandlung

Stadratspräsident Wyss Christoph begrüsst die Anwesenden zur fünften Stadtratssitzung.

Der Vorsitzende dankt Henzi Brigitte für die gute Organisation des Stadtratsausfluges. Es war ein gemütlicher Abend. Erfreulicherweise haben sich bereits zwei Parteien für die Organisation der kommenden Stadtratsausflüge gemeldet. Im Jahr 2018 werden die Grünen und im Jahr 2019 die GLP den Stadtratsausflug organisieren. Der Vorsitzende informiert zudem, dass die Terminplanung 2018 des SR an alle Mitglieder elektronisch zugestellt worden ist. Einige gedruckte Exemplare liegen an der heutigen Sitzung auf und können bei Bedarf mitgenommen werden.

SRB: 2017-121 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Stadtpräsident Berger Stefan informiert über den Besuch der TF Bern vom letzten Mittwoch. Es ist eindrücklich was dort gemacht wird und nun nach Burgdorf kommen wird. Es ist schade, dass nicht viele Mitglieder des SR teilnehmen konnten. Am Samstag fand die Schlüsselübergabe des Schlosses an die Stiftung statt. Das Schloss gehört nun der Stiftung. Damit ist ein nächster Schritt im Schlossprojekt gemacht worden.

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice orientiert über das Entlastungspaket des Kantons Bern. Die Stadt Burgdorf hat sich diesem auch angenommen, wobei es dabei mehr um Kaffeesatzlesen geht. Es werden mehr als 150 Massnahmen vorgeschlagen. Der Grossrat wird im November definitiv darüber befinden.

Die Stadt Burgdorf hat innerhalb der Direktion geschaut, was es für hypothetische Auswirkungen haben könnte. Im Rahmen einer Medienmitteilung wird es den entsprechenden Stellen zugestellt.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass die Baudirektion am Donnerstagabend für das Fachgespräch zur Siedlungsentwicklung eingeladen hat. Alle Mitglieder des SR sind dazu eingeladen. Die Baudirektion wäre froh, wenn man sich anmeldet. Am kommenden Montag darf Gemeinderat Bucher Theophil für die Stadt Burgdorf im Rahmen des Energietages von Energie Schweiz in Freiburg das Energiestadtlabel übernehmen. In Burgdorf wird am 4. Oktober 2017 um 10.00 Uhr die Elektroladestation bei der Velostation beim Bahnhof Burgdorf eröffnet. Wer Interesse hat, darf gerne dabei sein.

Gemeinderat Grimm Christoph informiert über die Kulturhalle. Im letzten Jahr hat der SR den Kredit dazu bewilligt. Die Bewilligung liegt nun vor. Die Einsprache konnte in eine Rechtsverwahrung umgewandelt werden. Nachdem die Diskussion über die Öffnungszeiten geführt wurde, was ein Teil der Leistungsvereinbarung ist, hat man vom Regierungsstatthalteramt die Baubewilligung erhalten. In nächster Zeit wird mit dem Dach begonnen. Dies war eine wichtige Voraussetzung, dass man mit den Bauarbeiten noch in diesem Jahr beginnen konnte. Dies vor allem wegen dem bevorstehenden Winter.

SRB: 2017-122 | Registratur-Nr. 3.33.3310.11

Ersatzbeschaffung Autodrehleiter

Verhandlung

Stadratspräsident Wyss Christoph stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette teilt mit, dass vor rund einem Monat ein Grossgerät, ein TLF Tanklöschfahrzeug, der Feuerwehr eingeweiht wurde. Heute wird ein Kredit für ein Gerät beantragt, das doppelt so teuer ist. Es gibt jedoch gute Argumente dafür. Es ist eine gute Gelegenheit. Im Bericht ist alles ausführlich dargestellt. Die bestehende Autodrehleiter stammt aus dem Jahre 1999. Die Lebensdauer eines solchen Gerätes beträgt 15 bis 20 Jahre. Die Ersatzbeschaffung wurde geplant, aber noch nicht in diesem Jahr. Es ist jedoch eine günstige Gelegenheit. Die Feuerwehr Burgdorf hat gute Beziehungen zur Berufsfeuerwehr Bern. Man hat herausgefunden, dass sie ebenfalls auf der Suche nach einem Ersatzfahrzeug sind. Die Berufsfeuerwehr Bern braucht sogar zwei neue Fahrzeuge. Die Stadt Basel ist ebenfalls auf der Suche nach einem Ersatzfahrzeug. Deshalb war man der Meinung, dass man gemeinsam ein Projekt für die Ersatzbeschaffung startet. Das Projekt wird gemeinsam erarbeitet und ausgeschrieben. Es handelt sich bei diesem Vorgehen um ein Novum. Der Gemeinderat (GR) fand es eine gute Idee. Die GPK hat diese Idee ebenfalls unterstützt. Die Stadt Burgdorf hat den Vorteil der Spezialfinanzierung Feuerwehr. Vor rund einem Monat waren Kollegen und Kolleginnen der Musik aus Burgdorf bei Hannover zu Besuch. Darunter war auch der Präsident der Feuerwehrkommission. Unser Feuerwehrkommandant hat ihn über die Aufgaben und Finanzierung hier informiert. Beim Finanzierungssystem mit der Ersatzabgabe machte er grosse Augen. In Burgdorf bei Hannover muss man ein notwendiges Fahrzeug gegenüber Kindergärten, Schulen, etc. verteidigen. Bei der Stadt Burgdorf gibt es einen entsprechenden Fonds für solche Ersatzbeschaffungen. Der Saldo im Fonds beträgt rund 2.5 Mio. Franken. Für die Anschaffung der Autodrehleiter sind 1.1 Mio. Franken budgetiert. Die Ersatzbeschaffung ist in der MIP für 2018 vorgesehen gewesen. Der GR war der Meinung, da es im Verbund billiger ausfällt, die Anschaffung vorzuziehen. Man ist überzeugt, eine gute Lösung gefunden zu haben. Wenn Fragen im technischen Bereich anfallen sollten, sind die Herren Lüthi Urs, Leiter Einwohner- und Sicherheitsdirektion, sowie Rutschi Martin, Feuerwehrkommandant, im Publikum anwesend.

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, informiert über die Wichtigkeit einer gut funktionierenden Feuerwehr, was vor einiger Zeit beim Brand einer Wohnung im Gyrischachen oder

auch im Buchmattquartier ersichtlich war. Die SP-Fraktion möchte deshalb die Leistungen der Männer und Frauen, die täglich in Burgdorf für Sicherheit sorgen und Picketdienst leisten, verdanken. Das Submissionsverfahren, welches man gemeinsam mit Bern und Basel macht, ist ein interessanter und guter Ansatz für die Beschaffung eines solchen Fahrzeuges im Allgemeinen und hat ein grosses Potenzial die Finanzen der Stadt Burgdorf nachhaltig zu schonen. So muss man als Stadt nicht als Einzelkämpfer alleine agieren, sondern kann den Freimarkt zu unseren Gunsten nutzen. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Stadtrat Stettler Andreas, namens der FDP-Fraktion, orientiert, dass er vor einem Jahr beim Votum zur Beschaffung eines Kehrrechtwagens darauf hingewiesen hat, dass eine solche Beschaffung mit anderen zusammen wesentlich günstiger ausfallen kann. Mit Freude konnte deshalb festgestellt werden, dass eine gemeinsame Beschaffung mit Bern und eventuell Basel angedacht ist. Dieses Vorgehen wird positiv gewürdigt. Die FDP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Beim Punkt 2 im Antrag steht, dass der GR mit dem weiteren Vollzug beauftragt wird. Im Kapitel 2 im ersten Abschnitt werden zwei Elemente besonders herausgestrichen. Es steht, dass einer gemeinsamen Ausschreibung grundsätzlich nichts im Weg steht. Dies sollte konkreter geschrieben werden damit eine gemeinsame Ausschreibung gemacht wird. Es sollen vier Fahrzeuge miteinander beschafft werden können damit man Vorteile hat. Die Formulierung in der Vorlage ist etwas vage. Im gleichen Abschnitt steht ebenfalls, dass die Ausbaubedürfnisse der Feuerwehr Burgdorf wahrgenommen werden. Diese Formulierung öffnet Tür und Tor für sämtliche Sonderwünsche. Es ist kaum vorstellbar, warum ein Fahrzeug 1.1 Mio. Franken kostet. Die Ausbauwünsche von Burgdorf sollen eingeschränkt werden damit sie in etwa dem Standard entsprechen und einheitlich daherkommen mit Bern und Basel.

Gemeinderätin Wisler Albrecht Annette teilt mit, dass die unterschriebene Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den Städten Bern, Basel und Burgdorf vorliegt. In dieser Vereinbarung ist der Wille dokumentiert, dass die Federführung bei der Stadt Bern liegt sowie weitere Regelungen. Man ist optimistisch über die Zusammenarbeit. Die Ausgabenlimite inklusive den Sonderwünschen liegt bei 1.1 Mio. Franken. Eine günstigere Variante ist immer möglich. Man geht nicht davon aus, dass grosse Ausbauwünsche vorhanden sind.

Abstimmung

1. Investitionskredit von CHF 1'100'000.00 für die Ersatzbeschaffung einer Autodrehleiter für die Feuerwehr Burgdorf zu Lasten Spezialfinanzierung Feuerwehr (Sachgruppen-Nr. 5060.05 Geräte, Kostenstellen-Nr. 3310.5060.02 Ersatzbeschaffung Autodrehleiter).
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen die Anträge.

SRB: 2017-123 | Registratur-Nr. 2.23.2310.70

Neuer Bushof und Bahnhofplatz; Ausführungskredit

Verhandlung

Stadratspräsident Wyss Christoph stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass man das doch sehr wichtige Geschäft an der Sitzung vom 31. August 2017 ausführlich diskutiert hat. Auf die Fragen hat man kompetente Antworten erhalten. Ein besonderer Dank geht an die Beteiligten für die sehr sorgfältig ausgearbeitete Vorlage, die mit Varianten und Visualisierungen versehen ist. Profitieren wird auch die BLS AG und Busland AG bei diesem Geschäft. Der zuständige Ressortleiter wird sicher noch Auskunft geben, warum man so viele Beiträge erhält, aber sich die BLS AG und Busland AG nicht daran beteiligen. Die GPK empfiehlt das Geschäft dem SR zur Beurteilung.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass das Projekt Bushof mit den Teilprojekten Bushof, Bahnhofplatz und Bahnhofstrasse ein Schlüsselprojekt für Burgdorf und die Region ist. Als Stadtpräsident ist es ein Schlüsselprojekt für die Stadtentwicklung und als Präsident der Agglomerationskommission der Regionalkonferenz Emmental ist es ein Schlüsselprojekt für die Region. Im Vorfeld wurde an der Informationsveranstaltung im Detail über das Geschäft orientiert und entsprechende Fragen beantwortet. Das Projekt ist in der Region getragen und die Finanzierung gesichert. Damit der Burgdorfer Busbahnhof gepusht werden konnte, hat man sich mit den Nachbargemeinden in der Agglomeration darauf geeinigt, dass der Bushof in das Agglomerationsprogramm 2015-2018 aufgenommen werden soll und die Nachbargemeinden auf eigene Eingaben verzichten. Die Strategie ist aufgegangen. Der Bund ist von der Notwendigkeit des Projektes überzeugt und zahlt die höchste Quote von 40% an das Projekt. Kein anderes Agglomerationsprojekt bei uns hat bisher die höchste Quote erhalten. Der Kanton hat ebenfalls sein Bekenntnis zum Projekt abgegeben und unterstützt dieses mit 35% via Kantonales Tiefbauamt sowie einem Beitrag aus dem Amt für öffentlichen Verkehr. Zuletzt hat sich auch die SBB verpflichtet, für welche es nicht üblich ist, sich an einem solchen Projekt zu beteiligen. Dadurch verringern sich die Kosten für Burgdorf als Standortgemeinde auf ein vertretbares Mass und wir können den Bushof und die Umgebung als Teil des ESP Bahnhof fit für die Zukunft machen. Die BLS AG und Busland AG beteiligen sich nicht am Projekt. Eine Beteiligung ist auch nicht üblich. Man kann sie auch nicht zwingen, sich am Projekt zu beteiligen. Die Projektziele können erreicht werden. Die anfänglich für das Projekt definierten Ziele wie Verkehrssicherheit, Ersatz des Provisoriums, Leistungsfähigkeit, zukünftige Entwicklungen und Visitenkarte für Burgdorf können mit diesem Projekt erreicht werden. Die einzelnen Ziele werden näher erläutert, da diese an der Infoveranstaltung im Detail besprochen wurden und in der Stadtratsvorlage übersichtlich dargestellt sind. Neben all dem Positiven bleibt für das Projekt mit der Höhe der Haltekanten ein kleines Restrisiko. Bei den vorhandenen Platzverhältnissen können wir beim besten Willen die nach Behindertengesetz vorgeschriebene Höhe nicht einhalten. Alle anderen Forderungen können erfüllt werden und man erzielt eine deutliche Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation. Da beim Bushof am Bahnhof Luzern mit den gleichen Höhen gearbeitet wird, erachten wir das Risiko für Einsparungen als tragbar. Im Eintretensfall soll diese Frage im Gesamtkonzept mit allen anderen Verbesserungen von der Bewilligungsbehörde geprüft werden. Wir hoffen, dass wir heute mit diesem guten, ausgereiften und zukunftsorientierten Projekt in die Realisierung wechseln können und zusammen mit dem Schloss, den neuen Bushof mit den Teilprojekten Bushof, Bahnhofplatz und Bahnhofstrasse einweihen können.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, wird die positiven Punkte zu diesem Projekt nicht wiederholen. Die SP-Fraktion dankt allen Beteiligten für die Ausarbeitung des vorliegenden Projektes. Die erhöhten Verkehrsfrequenzen am Bahnhof, die in Zukunft noch steigen werden, machen eine verbesserte Infrastruktur mit besseren Verbindungen von Bahn, Bus, Fussgänger, Velofahrer und Autofahrer (Taxi und Abholdienst) nötig. Der neue Bushof mit dem neuen Bahnhofplatz bringt einen grossen Mehrwert für Burgdorf, aber auch für die ganze Region. Das haben die Gemeinden in der Umgebung durch ihre Unterstützung des Projektes in der Regionalkonferenz ausgedrückt. Notabene auch durch Hintenanstehen von möglichen eigenen Projekten im Agglomerationsprogramm. Das hat ermöglicht, dass über 40% durch das Agglomerationsprogramm vom Bund finanziert werden. Wie wir gehört haben, beteiligt sich auch der Kanton über die Ämter vom öffentlichen Verkehr und Tiefbau am Bushof. Somit bleiben noch 20% der Kosten bei der Stadt Burgdorf. Es ist selbstverständlich, dass bei einem Verkehrsprojekt die Sicherheit einen sehr grossen Stellenwert aufweist. Dabei sei erwähnt, dass die Veloführung auf der Bucherstrasse Gefahren birgt, wie das von verschiedenen Seiten auch bei den Vorgesprächen erwähnt worden ist. Erfreulich ist, dass man mit den Parkplätzen der BLS auf der Bucherstrasse eine Lösung gefunden hat. In der Vorlage ist von einer klaren Veloführung die Rede und die Markierungen wurden in Aussicht gestellt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob das Vergessen gegangen ist oder warum man es auf dem Plan der Visualisierung bei der Bucherstrasse nicht sieht. Im technischen Bericht auf der Seite 15 ist die Veloführung teilweise aufgezeichnet. Bei der Simulation der Buswege ist ersichtlich, dass bei der Ein- und Ausfahrt bei der Bucherstrasse und Bahnhofstrasse Ost die Busse die ganze Strasse brauchen. Die SP-Fraktion fordert deshalb klare Markierungen der Veloverbindung von der Bahnhofstrasse via Bucherstrasse bis zur Velostation sowie weiter bis zum Veloweg in Richtung Lerchenbühl, Gsteighof sowie in Richtung Fink und Lindenfeld. Diese Markierungen sollen insbesondere eine Entschärfung der Gefahrenzone beim CS-Gebäude und bei der Querung der Bucherstrasse West fördern. Eine Markierung wie zum Beispiel beim Veloweg beim

Hallenbad bringt Klarheit für die Buschauffeure sowie für die Autofahrenden zum Park&Ride. Es handelt sich um eine wichtige Veloroute, sie verbindet die ganze Ostseite vom Bahnhof mit der Velostation und dem Velowegring. Ein Wermutstropfen bei diesem Projekt ist, dass es nicht ganz behindertengerecht ist. Die SP-Fraktion hofft, dass sich die Stadt Burgdorf als Mobilitätsstadt auch für Leute, die weniger mobil sind, einsetzt und mit den Behindertenorganisationen einen guten Kompromiss findet. Für die Bahnhofstrasse Nord hätte man sich ein innovativeres Verkehrskonzept gewünscht. Der erste Parkplatz bei der Unterführung Ost, beim Demirov, macht die Einfahrt zu den Velo- und Töffparkplätzen heikel. Man vertraut aber den Experten auf eine gute Lösung. Das Projekt ist trotz den knappen Platzverhältnissen ein guter Kompromiss für alle Verkehrsteilnehmer. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR einstimmig. Man hofft auf die Umsetzung der geforderten sicherheitsrelevanten und unterstützenden Massnahmen. In diesem Sinn für mehr Kiss&Ride und ein neuer Bahnhof oder ein "Müntschli und Tschüss".

Stadträtin de Quervain Anna, namens der Grünen-Fraktion, informiert, dass man dem Ausführungskredit zustimmen wird. Die Grünen-Fraktion dankt der Verwaltung für das bestens vorbereitete Geschäft. Die ausführlichen Erläuterungen machen klar, dass der Neubau des Bushof und Bahnhofplatz dringend nötig ist. Die Vorlage ist ein guter Kompromiss. Wie auch die anderen Seiten müssen auch wir Abstriche in Kauf nehmen. In unserem Fall ist es insbesondere bedauerlich, dass nicht alle Forderungen des Behindertengleichstellungsgesetzes erfüllt werden konnten. Zudem hätte sich die Grünen-Fraktion eine klarere und damit sichere Veloführung gewünscht. Da diese Schattenseiten in erster Linie durch den Platzmangel zu erklären sind und der neue Bushof punkto Gleichstellung zumindest für sehbehinderte Menschen eine Verbesserung sein wird, ist es klar, dass die Vorteile dieser Vorlage überwiegen. Aufgrund der steigenden Auslastung und dem steten Wachstum in Burgdorf sowie vor dem Hintergrund, dass das jetzige Provisorium sowieso an seine Grenzen stossen wird, ist ein Neubau die richtige Lösung.

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, dankt für die exakten und gut ausgearbeiteten Projekte. Es wurden verschiedene Varianten ausgearbeitet. Der Bericht zeigt klar, welche Ziele damit erreicht oder eben nicht erreicht werden sollen. Bei dem Geschäft handelt es sich zweifellos um ein wichtiges für Burgdorf und die Region mit einem hohen Stellenwert. Dies zeigt sich auch an der hohen finanziellen Beteiligung von Bund und Kanton. Die SVP-Fraktion sieht die Notwendigkeit des Bushofs und wird den Anträgen zustimmen. Es ist wichtig, dass auch für die Landregionen eine gute Erschliessung möglich ist. Mit dem vorliegenden Projekt gibt es auch Verbesserungen für die umliegenden Gemeinden. Beim Projekt gibt es aber auch Details, die keine Freude machen. Die Parkplatzfrage im zukünftigen Bahnhofquartier bietet keine befriedigende Lösung. Auf dem neuen Bahnhofplatz wird dem motorisierten Individualverkehr zu viel Platz weggenommen. Unter dem Strich kann die SVP-Fraktion dem vorliegenden Kredit zustimmen. Die SVP-Fraktion wird jedoch unabhängig der heutigen Entscheidung bei den nachfolgenden Projekten, wie zum Beispiel der Poststrasse, die Parkplatzsituation genau analysieren. Es wird alles getan und darauf geachtet, dass die Gewerbetreibenden nicht zu kurz kommen und möglichst optimale Rahmenbedingungen haben, damit sie langfristig am angestammten Platz in Burgdorf bestehen können. Ein weiteres Ladensterben wie in der Oberstadt muss unbedingt vermieden werden.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, hat mit Freude die ausführliche Projektdokumentation studiert. Die GLP-Fraktion dankt für die qualitativ sehr gut ausgearbeitete Vorlage. Das Projekt ist wichtig und dringend an einem verkehrstechnischen Hotspot in Burgdorf. Es ist technisch sinnvoll ausgearbeitet und es verbessert die Verkehrsflüsse wesentlich auf relativ begrenztem Raum. Auch die GLP-Fraktion muss den Zeigefinger erheben. Beim Knotenpunkt Park&Ride muss das Augenmerk darauf gelegt werden, dass die Verkehrsflüsse noch besser organisiert werden. Optisch und raumplanerisch ist die Plangrundlage sehr vielversprechend. Das Projekt wird zum Erfolg. Ein kleiner Wermutstropfen ist, dass es keine durchgehende Überdachung hat. Es ist schade, dass die Prüfung einer PV-Anlage relativ schnell ad acta gelegt wurde. Es wäre nicht nur energetisch sinnvoll, sondern ein Statement für die Energiestadt. An einem Ort mit vielen Personenflüsse wirkt dies auch repräsentativ. Von der Finanzierung wurde das Ergebnis zur Kenntnis genommen. Es wird empfohlen, dies nochmals zu prüfen in den nächsten Monaten. Wenn man es so lässt, sollten zumindest Vorkehrungen getroffen werden um es eventuell nachzurüsten. Das Projekt ist zum Beispiel mit den Leerrohren zukunftsgerichtet, weil es absehbar ist, dass sich die Mobilität im öffentlichen Verkehr

verändern wird und zwar in Richtung elektrische Mobilität. Und auch deshalb ist es sinnvoll eine Fotovoltaikanlage zu machen, weil die Energie dort gebraucht wird. Die GLP-Fraktion unterstützt das Geschäft und wird den Anträgen zustimmen. Kosten und Nutzen sind optimal. Es ist ein solides Projekt. Bei den Energiefragen wird noch mehr Mut und Innovation gefordert.

Stadträtin Bossard-Jenni Tabea, namens der EVP, dankt für die ausgearbeitete und spannende Vorlage. Bereits früh wurden die Parteien und Interessierte zu einem Runden Tisch eingeladen. Regelmässig wurde über das Projekt informiert. Dieses Vorgehen hat die EVP sehr geschätzt. Das ist ein wünschenswertes Vorgehen. Die EVP wird mit Freude dem Geschäft zustimmen.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man das wichtige und umfassende Projekt studiert hat. Man hat weder das Haar in der Suppe gesucht, noch hat man nach dem Grundsatz gelebt, dass das Projekt grösstenteils von Dritten finanziert wird und deshalb unbeachtet genehmigt werden kann. Es bleiben 1.4 Mio. Franken, welche die Stadt Burgdorf zu tragen hat. Es ist nicht selbstverständlich, dass es der Stadt Burgdorf bereits in einer sehr frühen Phase der Planung gelungen ist, das Projekt als regional wichtiges Infrastrukturvorhaben beim Kanton und beim Bund einzugeben mit dem Resultat einer fast 80%-igen Mitfinanzierung. Dazu kann man nur gratulieren. Gleichzeitig kann festgestellt werden, dass der künftigen Entwicklung der Elektromobilität Rechnung getragen wird. Es werden bereits jetzt entsprechende Vorkehrungen getroffen. Die FDP-Fraktion hofft, dass man die Behindertenverbände mit ins Boot bringen wird. Man ist überzeugt, dass mit dieser Vorlage ein gesundes Abwägen von Machbarem und nicht Machbarem gelungen ist und keine Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausgespielt wurden. Die FDP-Fraktion dankt dem GR und der Baudirektion für die gute Arbeit. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Abstimmung

1. Das Projekt "Neubau Bushof und Bahnhofplatz, Sanierung Bahnhofstrasse Nord" wird genehmigt.
2. Für die Ausführung wird ein Bruttokredit in der Höhe von CHF 6'755'000.00 genehmigt (Sachgruppen-Nr. 5010.01 Strassen / Verkehrswege, Kostenstellen-Nr. 3210.5010.01 Neubau Bushof und Sanierung Bahnhofplatz/Bahnhofstrasse Nord).
Nach Abzug der erwarteten Beiträge Dritter von CHF 5'380'000.00 werden Nettoausgaben von CHF 1'375'000.00 erwartet.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 37 Ja Stimmen die Anträge.

Stadtpräsident Berger Stefan dankt für das Vertrauen in das Projekt und den GR. Die in den Voten gemachten Anmerkungen werden entgegengenommen und aufgenommen. Bei grösseren Änderungen wird der SR in Zukunft rechtzeitig informiert.

SRB: 2017-124 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag BDP-Fraktion betreffend "Förderung der öffentlichen Elektromobilität in Burgdorf"

Verhandlung

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Bucher Theophil teilt mit, dass der Vorstoss der BDP-Fraktion vom GR Abklärungen und Massnahmen verlangt, welche im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des GR liegen. Der Auftrag hat somit Richtliniencharakter. Vorab scheint wichtig festzuhalten, dass zwischen Elektromobilität und selbstfahrenden Fahrzeugen zu unterscheiden ist. In der von der SP vorgeschlagenen abgeänderten Formulierung wird dies deutlicher. Der Vorstoss ist diesbezüglich nicht sehr präzise, im Titel und im Wortlaut ist von Elektromobilität die Rede, in der Begründung und in den Fragen jedoch vor allem von selbstfahrenden Fahrzeugen. Der vorliegende Vorstoss wird vom GR begrüsst, die BDP-Fraktion rennt

damit offene Türen ein. Elektromobilität ist in Burgdorf bereits seit 20 Jahren ein Thema, länger als an vielen anderen Orten. 1997 wurde im Rahmen der FÜVeMo mit dem schweizweit ersten Velo-Hauslieferdienst der Heimtransport von Einkäufen mit E-Bikes eingeführt. 2003 entstand in der Region die "Herzroute", eine Veloroute mit E-Bikevermietung, und heute befindet sich in Burgdorf die wichtigste und grösste Vermietstation entlang dieser Schweizer Veloroute. Im Frühling dieses Jahres wurde in Burgdorf ein E-Cargo-Bikesharing lanciert und am kommenden 4. Oktober 2017 eröffnet die Stadt Burgdorf am Bahnhof eine Ladestation für Elektrofahrzeuge. Es handelt sich dabei übrigens um eine Wiedereröffnung, bereits beim alten Güterschuppen der SBB gab es von zirka 2000 bis 2007 eine Ladestation. Initiativen verschiedener Unternehmen und Plattformen werden von der Stadt Burgdorf unterstützt. Die Busland AG hat zu dieser Frage ebenfalls Stellung bezogen und ist gegenüber neuen Entwicklungen offen, dies hat anlässlich der Informationsveranstaltung des SR Ende August Lauterburg Daniel auch mündlich kommuniziert. Klar ist, dass der Einsatz von elektrisch betriebenen Bussen unter Marktbedingungen möglich sein muss, allfällige Mehrkosten müssten die Stadt Burgdorf oder Dritte tragen. In ihrem Vorstoss fokussiert die BDP auf die öffentliche Elektromobilität. Der GR teilt die Meinung von namhaften Fachpersonen, zum Beispiel der Mobilitätsakademie des TCS, dass der Trend zur Dekarbonisierung mit einem Trend zur Deprivatisierung des Verkehrs einhergehen wird. Die eingangs erwähnten Anstrengungen der Stadt Burgdorf unterstützen diese Trends. Was die selbstfahrenden Fahrzeuge angeht, ist die Entwicklung im Moment noch deutlich weniger klar abschätzbar, dies hat auch Lauterburg Daniel an der Informationsveranstaltung dargelegt. Der Zeithorizont für diesen Technologiesprung ist weiter gesteckt. Kurzfristig sind noch keine entscheidenden Durchbrüche zu erwarten. Eine Antwort hat die Busland AG geliefert und der GR bleibt an diesem Thema dran. Die Vorbereitungen für einen runden Tisch laufen, der erste Termin ist im November vorgesehen. Beim Bushof wurden entsprechende Abklärungen vorgenommen und mit dem Einziehen von Leerrohren wird der künftig denkbaren Entwicklung Rechnung getragen. Damit ein Nachrüsten des Bushofs für elektrisch betriebene Fahrzeuge problemlos möglich ist. Der GR wird den SR weiterhin auf dem Laufenden halten. Der GR empfiehlt dem SR, den Vorstoss zu überweisen und Punkt 3 als erfüllt abzuschreiben.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, orientiert, dass man den Auftrag der BDP-Fraktion betreffend E-Mobilität im öffentlichen Verkehr studiert hat und man zum Schluss gekommen ist, dass man für mehr Klarheit und zur Entflechtung von zwei nicht zwingend miteinander gekoppelten Sachen den Punkt 1 abändern sollte. Die SP-Fraktion hat einen Satz zu den elektrisch angetriebenen Bussen dazu gefügt und den Rest, wo es um selbstfahrende Busse geht, stehen lassen. Mit dieser Anpassung können alle weiteren Punkte gleich bleiben. Diese Änderung wurde vorgängig mit der BDP-Fraktion besprochen und sie ist auch in ihrem Interesse. Weiter ist aus der Vorlage und dem Votum von Gemeinderat Bucher Theophil ersichtlich, dass die Entflechtung auch im Sinn des GR ist. Selbstverständlich unterstützt die SP-Fraktion den Auftrag, bei dem es um die Förderung vom öffentlichen Verkehr in Burgdorf geht und wo Möglichkeiten zur Reduktion von fossilen Energieträgern abgeklärt werden sollen. Für die SP-Fraktion haben zwar im Moment Busse, die ohne Chauffeur unterwegs sind, nicht Priorität und es sind kurzfristig weder energie- noch verkehrspolitisch Vorteile auszumachen. Auch wenn man vom Fahrkomfort von momentan laufenden Tests hört. Wenn man aber aufgrund von Resultaten dieser Tests Verbesserungen macht, kann es schnell ändern. Anders sieht es beim elektrischen Antrieb, der E-Mobilität, von Bussen aus. Ein wichtiger Vorteil des Elektroantriebes ist der viel bessere Wirkungsgrad vom Elektro- gegenüber dem Verbrennungsmotor. Und natürlich auch, dass es keine Abgase gibt. Eine nachhaltige Stromproduktion ist jedoch Voraussetzung. Zudem gibt es weniger Lärm und auch weniger Wartungen. Gemäss deutschen Berechnungen im Personenwagenbereich ist übrigens der Verbrauch bei E-Mobilität bereits heute günstiger als Benzin- oder Dieselfahrzeuge. Wichtig ist auch zu wissen, dass Techniken, welche die Umwelt weniger belasten und weniger Energie brauchen, gemäss Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern, teurer sein dürfen. Es ist klar, wenn man innovative Neuerungen zu einem frühen Zeitpunkt ausprobieren und einführen will, dass es etwas kostet. Wenn man jedoch eine Gesamtkostenanalyse für die Gesellschaft und nicht nur für die Stadt erarbeitet, bei der die Umweltbelastung und der Energieverbrauch adäquat eingerechnet würden, ist man überzeugt, dass es richtig und wichtig ist nachhaltig zu investieren. Die SP-Fraktion hofft auf Unterstützung im Rat. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des GR zur Überweisung des abgeänderten Punkt 1, von Punkt 2 und 4 sowie die Abschreibung des Punkt 3.

Abänderungsantrag SP

Punkt 1 (neu)

Burgdorf soll seinem Ruf als innovative Stadt im Bereich der Mobilität weiterhin gerecht werden. Der Gemeinderat wird beauftragt mit Anbietern abzuklären, ob es möglich ist elektrisch betriebene Busse (eMobile) einzusetzen und zu testen. Weiter wird der Gemeinderat beauftragt mit Anbietern abzuklären, ob es möglich ist in einem Pilotprojekt selbstfahrende eMobile für eine begrenzte ÖV Strecke (z.B. Unterstadt-Oberstadt) einzusetzen und zu testen.

Stadtrat Aebi Roger, namens der BDP-Fraktion, dankt dem GR für die detaillierte Stellungnahme zur Förderung der öffentlichen Elektromobilität in Burgdorf. Die Elektromobilität im öffentlichen Verkehr hat ein grosses Potenzial. Man kann Kosten sparen, weil es günstiger ist gegenüber Benzin- oder Dieselmotoren. Ebenfalls wird die Umwelt geschont und zudem gibt es weniger Lärm und Abgase. Man ist überzeugt, dass sich die Elektromobilität langfristig durchsetzen wird. Der GR ist grundsätzlich nicht anderer Meinung. In verschiedenen Projekten hat die Stadt Burgdorf neue Technologien in diesem Bereich bereits unterstützt. Gemeinderat Bucher Theophil hat einige Details erwähnt. Vor allem im Bikebereich, was Elektromobilität betrifft, hat man bereits einiges unternommen. Um für die zukünftige Entwicklung gerüstet zu sein, sind im neuen Bushof bereits Leerrohre für Stromkabel vorgesehen. Die BDP-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass die Stadt Burgdorf weiterhin eine führende Rolle im Bereich der Elektromobilität einnehmen muss. Das Thema zum Einsatz von Elektrobussen, sei es mit oder ohne Chauffeur, muss aktiv mit den entsprechenden geeigneten Partnern angegangen werden. Aus diesem Grund freut man sich auf die Sitzungen am Runden Tisch, wo das Thema diskutiert wird. Die BDP-Fraktion wird den Abänderungsantrag der SP-Fraktion zum Punkt 1 sowie dem Antrag des GR zustimmen.

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man dem Geschäft zustimmen wird. Man ist erfreut über die gute Initiative im Bereich der Elektromobilität. Ein Dank deshalb an die BDP-Fraktion. Stadtrat Schärf Philipp verfolgt die Entwicklung der Elektromobilität seit zwei Jahren intensiv. Wenn man sieht, was im Moment alles passiert im Bereich des öffentlichen Verkehrs und vor allem bei den Bussen, ist man momentan am Tipping Point. Das heisst, in den nächsten sechs bis zwölf Monaten wird sehr viel passieren. Dies nicht nur in der Forschung, sondern auch konkret in der Umsetzung und Anwendung im Alltag. Deshalb unterstützt die GLP-Fraktion die Initiative mit den Versuchen sowie den Runden Tisch, um sich zu treffen und um eine institutionalisierte Plattform zu haben, wo man sich austauschen und vorwärts gehen kann. Die GLP-Fraktion empfiehlt, dass nicht nur die SBB und BLS zum Runden Tisch eingeladen wird, sondern dieser durch geeignete Personen und Institutionen erweitert wird.

Stadtrat Dür Hermann, namens der FDP-Fraktion, informiert, dass umweltfreundliches Wirtschaften sehr wichtig ist, weil dadurch die öffentliche Hand auch keine Umweltschäden beseitigen muss. Die Förderung der Elektromobilität als Ziel ist ohne die Energieerzeugung von Strom nicht möglich. Die Batterien müssen mit Strom gespeist werden und dies macht fossile Verbrennungen nötig. Die Entsorgung von Lithiumbatterien darf die Umwelt nicht belasten. In diesem Sinn kann die FDP-Fraktion voll und ganz hinter diesem Ziel stehen. Die FDP-Fraktion dankt der BDP-Fraktion für ihr Engagement und wird dem Geschäft zustimmen.

Gemeinderat Bucher Theophil nimmt Stellung zur Frage von Stadtrat Schärf Philipp und informiert über die vorgesehenen Referenten am Runden Tisch. Es sind dies Dössegger Markus von der BLS AG, Römer Jean-Pierre von Volvo sowie Vertreter von Postauto und BernMobil. Der Runde Tisch findet am 2. oder 14. November 2017 statt.

Gemeinderat Rappa Francesco hat eine positive Ergänzung. Am 6. September 2017 hat ein Anlass im Schützenpark zum Thema Elektromobilität stattgefunden. Als Gastreferent war Michel Jürg anwesend. Er ist Projektleiter von SmartShuttle vom Projekt in Sion. Dort werden gute Erfahrungen gemacht. In diesem Zusammenhang wurde der Link zur Stadt Burgdorf hergestellt, vor allem auch in Zusammenarbeit mit der Erschliessung vom Schloss Burgdorf. Im Zusammenhang mit der Ober- und Unterstadt wird dieses Projekt ebenfalls thematisiert. Anlässlich der heutigen Ressortsitzung mit Hänsenberger Peter, Leiter Baudirektion, hat er sich erneut ergänzend dazu geäußert und die Verlinkung hat stattgefunden. Hänsenberger Peter wird versuchen, Michel Jürg mit der Thematik

Erschliessung Schloss Burgdorf im Rahmen von SmartShuttle umzusetzen. Die gemachten Erfahrungen könnten bereits einfließen.

Stadtratspräsident Wyss Christoph informiert über das weitere Vorgehen. Bei der Abstimmung erfolgt zuerst die Gegenüberstellung des Abänderungsantrages zum eingereichten Antrag. Anschliessend erfolgt die Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wortlaut Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit Anbietern abzuklären, ob es möglich wäre, dass Burgdorf seinem innovativen Ruf im Bereich der Mobilität weiterhin gerecht wird und in einem Pilotprojekt selbstfahrende E-Mobile für eine begrenzte öV Strecke (z.B. Unterstadt-Oberstadt) einsetzen könnte.

Abänderungsantrag SP

Burgdorf soll seinem Ruf als innovative Stadt im Bereich der Mobilität weiterhin gerecht werden. Der Gemeinderat wird beauftragt mit Anbietern abzuklären, ob es möglich ist elektrisch betriebene Busse (eMobile) einzusetzen und zu testen. Weiter wird der Gemeinderat beauftragt mit Anbietern abzuklären, ob es möglich ist in einem Pilotprojekt selbstfahrende eMobile für eine begrenzte ÖV Strecke (z.B. Unterstadt-Oberstadt) einzusetzen und zu testen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Abänderungsantrag zu.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat empfiehlt dem Stadtrat, den vorliegenden abgeänderten Auftrag zu überweisen und Punkt 3 abzuschreiben.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

SRB: 2017-125 | Registratur-Nr. 1.10.1000.71

Motion SP-Fraktion betreffend faire Mietverhältnisse dank Offenlegung des vorherigen Mietzinses

Verhandlung

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice teilt mit, dass der GR ein gewisses Verständnis für das Begehren hat. Wucherzinsen und Intransparenz bei den Mietzinsen sind unschöne Auswüchse und vor allem in Grossstädten mit Wohnungsnot sicher ein Problem. Die Stellungnahme des GR liegt vor. Die GO der Stadt Burgdorf reguliert was für ein Vorstoss gilt. Das Formelle ist entsprechend zu verstehen. In anderen Gemeinden wurden ähnliche Vorstösse als Motion entgegengenommen. In Burgdorf ist es gemäss GO nicht möglich, den Vorstoss als Motion entgegenzunehmen. Der Bundesrat hat dem Ständerat den Vorschlag ebenfalls beantragt, dieser wurde jedoch abgelehnt. Auf Bundesebene ist man dagegen. Der Kanton hat den Vorschlag ebenfalls abgelehnt. In den Kantonen Freiburg, Genf, Neuenburg, Nidwalden, Waadt, Zug und Zürich wird die Formularpflicht angewendet. Es ist fraglich, ob Burgdorf die Formularpflicht als Inselfösung einführen könnte, das ist nicht geklärt. Der GR lehnt ebenfalls das Postulat ab. Eine zusätzliche Regulierung im Mietwohnungsmarkt ist nicht nötig. Es könnte ein investitionsfeindliches Signal sein. Zudem gibt es den Schutz der Vertragsfreiheit, die sogenannte Privatautonomie. Wenn der Mietzins transparent gemacht wird, bräuchte es eine Behörde, die es bestätigen kann. Diese Bestätigung kann dem Vermieter gezeigt werden, letztendlich kann der Vermieter jedoch machen was er will. Der Mieter hat immer das Gefühl, Opfer zu sein, aber eventuell ist dem Mieter nicht klar, was für Investitionen der Vermieter gemacht hat und daher eine Mietzinserhöhung legitim ist. Es handelt sich um eine schwierige und zum Teil einseitige Forderung. Der GR lehnt das Begehren ab.

Stadtratspräsident Wyss Christoph informiert, dass es nicht in der GO, sondern im Stadtratsreglement Artikel 28 geregelt ist.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Gemäss Rücksprache mit dem Bundesamt für Wohnungswesen ist eine solche teilweise Einführung der Formularpflicht gemäss Artikel 270 Absatz 2 OR zulässig. Wie der GR richtig erkannt hat, sind ähnliche Vorstösse in den Gemeinden Bern, Thun, Köniz und Muri b. Bern eingereicht worden. Der GR von Bern empfiehlt dem SR das Geschäft zur Annahme. Die Aussage, dass weitere Regulierungen kontraproduktiv und nicht im Interesse der Mieter und Mieterinnen sei, ist schlichtweg falsch. Eine Transparenzpflicht hat nachweislich eine Mietzins dämpfende Wirkung. Im Kanton Zürich sind seit der Wiedereinführung markant mehr Fälle gemeldet worden, bei denen man sich aussergerichtlich einigen konnte. Im Fall von Mietzinserhöhungen haben Mieterinnen und Mieter jederzeit das Anrecht, eine Begründung zu verlangen, allerdings sind sich viele Personen dem nicht bewusst. Mit der Bekanntgabe vom vorherigen Mietzins werden auch die Rechte der Mieterinnen und Mieter geklärt und gestärkt. Der GR gibt im weiteren zu bedenken, dass die Formularpflicht sich negativ auf die Investitionstätigkeit auswirken kann. Mit einer Liegenschaft kann man immer noch Geld verdienen. Sie stellt eine sichere Anlage dar und es hindert sicher niemanden daran in den Liegenschaftsmarkt zu investieren aufgrund einer Transparenzpflicht. In den letzten 10 Jahren sind die Mieten im Schnitt um 9% gestiegen, obwohl der Hypothekarzins von rund 3.5 auf 1.5% gesunken ist. Bei der Begründung, dass es für Investitionen abschreckend sei, stellt sich die Frage, wen der GR mit dieser Aussage stärken möchte. Es kann in diesem Zusammenhang auch nicht von einer Insellösung gesprochen werden. Immerhin Artikel 270 Absatz 2 OR gibt explizit ein Einführungsverteil des Kantons vor und gibt den Gemeinden das Recht, vor allem denen, die eine tiefe Leerwohnungsziffer haben. Die Erhöhung des Mietzinses bei einem Mieterwechsel ist der Hauptgrund für das hohe Mietzinsniveau und für die Zunahme des teuren Wohnraums. Mit der Transparenzpflicht würde sich die Mieterschaft genauer überlegen, ob ein höherer Mietzins verlangt wird. Bevor der koordinierte Vorstoss eingereicht wurde, hat man Kontakt aufgenommen mit mehreren Verwaltungen und Hauseigentümern. Alle haben bestätigt, dass der Aufwand für eine Offenlegung des vorherigen Mietzinses sehr minim sein wird. Der zusätzliche administrative Aufwand ist somit nicht zutreffend. Auch für die Vermietenden ändert sich nichts. Das Verfahren ändert sich nicht. Es wird nur ein neues Feld im Mietvertrag geschaffen. Das kleine Feld kann Hemmungen schaffen bei einer Mietzinserhöhung. Natürlich werden die politischen Entscheide auf Bundes- und Kantonebene respektiert. Der Vorstoss verlangt keine direkte Änderung, sondern lediglich die Deponierung eines Anliegens beim zuständigen Regierungsrat. Es stellt sich zudem die Frage, wie es um unsere Gemeindeautonomie in anderen Bereichen stehen würde, wenn es mit dem Argument begründet wird, der Bund und Kanton haben es abgelehnt. Schlussendlich führt die Pflicht zur Offenlegung des vorherigen Mietzinses zu Transparenz, mehr Fairness und zum Konsumentenschutz. Abschliessend kann man sich fragen, was gegen die Transparenz spricht. Transparenz gibt die Grundlage des Vertrauens.

Stadtratspräsident Wyss Christoph hat eine Firma, die Verwaltungen macht und gleichzeitig Geschäftsstelle des Hauseigentümerverbandes ist. Er hat keine entsprechende Anfrage erhalten. Die Aussage, dass der Aufwand nichts sei, kann er nicht unterstützen. Das Anliegen ist mit sehr grossem Aufwand verbunden und wird in seinen Geschäftsfeldern auch so diskutiert.

Stadtrat Dür Hermann teilt mit, dass er ebenfalls Wohnungen vermietet. Er kann dem GR nur gratulieren. Der GR hat alle Problempunkte aufgelistet. Stadtrat Dür Hermann steht als Praktiker voll dahinter. Nicht jeder, der Wohnungen vermietet, ist ein geldgieriger Verbrecher.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP, informiert, dass man das Postulat ablehnt. Es handelt sich um einen weiteren Eingriff in den Markt und widerspricht der liberalen Haltung der GLP. Zudem wird in Burgdorf immer noch stark gebaut. Daher ist der Begriff Wohnungsnot überrissen. Die GLP-Fraktion hat den Eindruck, dass in Burgdorf ein funktionierender Markt bei den Mietwohnungen besteht. Deshalb wird das Postulat abgelehnt.

Stadträtin Meier Christine, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass man das Anliegen der SP-Fraktion voll und ganz unterstützt. Man hat den Eindruck, dass in der Stadt Burgdorf das Thema vom erschwinglichen Wohnraum herumgeistert, aber konkret wird nichts unternommen. Im Legislaturplan der letzten Legislatur hat man gesehen, dass ein Ziel aufgeführt wurde, bei dem man Wohn- und Baugenossenschaften fördern möchte. Dieses Ziel wurde nicht an die Hand genommen. Die neuen Überbauungen werden neuen Wohnraum schaffen, aber mit Ausnahme des Uferweges ist nicht bekannt, dass eine speziell auf günstigem Wohnraum tendiert. Der Vorschlag der SP-Fraktion geht in die richtige Richtung. Es ist auch keine Insellösung. Insellösung ist eigentlich ein anderer Namen für Innovation. Burgdorf ist als erste Stadt eine Insel gewesen für die Begegnungszone. Wenn man dies an die Hand nehmen möchte, kann man sich auch positionieren als Stadt, die den Mut hat sich dafür einzusetzen. Die Grünen-Fraktion wird in diesem Sinn dem Postulat zustimmen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 19 Ja und 17 Nein Stimmen bei 1 Enthaltung der Ablehnung des Postulates zu.

SRB: 2017-126 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Postulat GLP-Fraktion betreffend Archivierung und Archivalien der Stadt Burgdorf

Verhandlung

Stadtpäsident Berger Stefan teilt mit, dass der GR das Postulat gerne entgegennimmt. Man ist an der Bearbeitung des Themas. Der SR wird so bald als möglich entsprechend orientiert.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass das Thema Archivierung und Archivalien nicht ein Geschäft ist, das einem am meisten beschäftigt oder vom Hocker reisst. Trotzdem darf die Bedeutung nicht unterschätzt werden. Ein gut geführtes Archiv ist auch Teil einer sauberen Visitenkarte für eine Stadt. Unter Historikern herrscht die Meinung, dass man, wenn man etwas über Burgdorf recherchieren möchte, zuerst bei der Burgergemeinde anfragt und nicht bei der Stadt. Das spricht zwar für die Burgergemeinde, aber leider nicht für die Stadt. Die GLP-Fraktion dankt dem GR, dass er das Anliegen entsprechend anerkennt und aktiv werden wird. Die GLP-Fraktion empfiehlt mit Nachdruck, dass eine Zusammenarbeit mit der Burgergemeinde gesucht wird. Die Burgergemeinde besitzt ein anerkanntes und professionell geführtes Archiv. Es wäre auch unsinnig, im Umkreis von 100 Metern zwei Archive zu führen, die sich in gewissen Teilen überschneiden. Die GLP-Fraktion dankt für die Unterstützung des Postulates.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 37 Ja Stimmen der Überweisung des Postulates an den Gemeinderat zu.

SRB: 2017-127 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation SP-Fraktion betreffend Spielplätze Stadt Burgdorf

Verhandlung

Stadtrat Aeschbacher Yves, namens der SP-Fraktion, dankt für die ausführliche Antwort und die rasche Reaktion auf Verständnis- und Ergänzungsfragen. Die Personalkosten von Fr. 15'000.--, welche zusätzlich ausgewiesen sind, kommen zum Betrag von Fr. 20'000.-- dazu und entsprechen ungefähr 1.5 Mannmonaten. In der Interpellation ist zusammengefasst zu vernehmen, dass der Ersatz von äquivalenten Spielgeräten nicht gesichert ist und in der Neumatt und Schlossmatt ersatzlos entfernt würden. Somit kann man nicht davon sprechen, dass die Qualität und Vielfältigkeit des Angebots so erhalten bleibt. Für die Grösse der Stadt Burgdorf ist das eine recht traurige Feststellung. Man kann sich auch fragen, ob hie und da ein nicht bepflanzter Kreisverkehr oder ein Blumenbeet weniger vertretbar wäre, als ein Spielplatz, eine Spielanlage für Kinder und Jugendliche, abzubauen. Schade

ist, dass laut Legislaturplan die Lage erkannt wurde, aber die Chance wurde verpasst hier kurz mögliche Handlungen aufzuzeigen. Die SP-Fraktion erklärt sich von der Antwort des GR befriedigt.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2017-128 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation SVP-Fraktion betreffend Umnutzung Schloss Burgdorf

Verhandlung

Stadtrat Meier Marcel, namens der SVP-Fraktion, dankt für die Beantwortung der Fragen. Bei der Frage 3 ist man formell befriedigt, jedoch materiell eher weniger. Dem GR wird ans Herz gelegt, dass der SR anlässlich einer ordentlichen Sitzung zu gegebener Zeit über allfällige Mehrkosten auf dem Laufenden gehalten wird. Dies sobald die finanziellen Auswirkungen betreffend der Wandmalereien bekannt sind.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2017-129 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht:

- Postulat GLP-Fraktion betreffend Förderung von E-Ladestationen für Elektrofahrzeuge in Burgdorf
- Interpellation SVP-Fraktion betreffend Personalvorsorgestiftung Region Emmental (PRE)

Stadratspräsident Wyss Christoph teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist. Der Vorsitzende wünscht allen schöne Herbstferien.

Burgdorf, 20. Oktober 2017

Namens des Stadtrates:


Christoph Wyss
Stadratspräsident


Brigitte Henzi
Protokollführerin